

Nach theoretischem Hintergrund und soziopolitischem Kontext kann die Untersuchung sich nunmehr ihrem zentralen Thema zuwenden: die Anwendung des Internets in Iran und seine Bedeutung in der politischen Transformation. Einführend werden die Ausbreitung und Entwicklung des Internets in Iran ab Beginn der 1990er Jahre skizziert. Anschließend geht es um die Haltung des iranischen Staates zum Internet. Die theoretischen Vorüberlegungen haben gezeigt, dass autoritäre Machthaber über staatliche Institutionen erheblichen Einfluss auf Internetanwendungen nehmen können – sowohl durch eine aktive Förderung bestimmter Nutzungsformen als auch durch Gesetzgebung, Überwachung und Zensur. Insofern gibt der Umgang des Regimes mit dem Internet bereits Aufschluss darüber, wie ausgeprägt das staatliche Kontrollbedürfnis in diesem Bereich ist und verdeutlicht, inwieweit das Medium und seine Anwendungen Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft sind. Ausgehend von dieser Grundlage wendet sich die Untersuchung der politischen Informationslandschaft zu, die das Internet in Iran geschaffen hat. Aufgrund der Einschränkungen der übrigen Medien haben Webseiten mit Nachrichten und Kommentaren zu innen- und außenpolitischen Entwicklungen an Bedeutung für den Informations- und Meinungsaustausch unter politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gewonnen. Zunächst eröffneten persischsprachige Onlinemedien aus dem Ausland neue Möglichkeiten einer Berichterstattung außerhalb der Grenzen staatlicher Medizensur. Doch schon bald entstanden auch in Iran zahlreiche Nachrichten-Webseiten. Diese übernahmen Aufgaben der verbotenen Reformzeitungen und auch konservative Akteure entdeckten rasch diese einfache Art der Informationsübermittlung. Somit schlägt sich die Fraktionierung der politischen Elite im Internet nieder: Diese Nachrichtenseiten lassen sich den unterschiedlichen politischen Gruppierungen zuordnen und spielen bei deren Auseinandersetzungen durchaus eine Rolle.

Im Anschluss geht es um die Internetanwendung durch die Reformbewegung, welche als konfliktbereiter Herausforderer eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse anstrebt. Exemplarisch werden die Inhalte einer Nachrichtenseite der politischen Reformer untersucht, um zu zeigen, welche Kommunikationsbedürfnisse diese über derartige Onlinemedien abdecken können – inwieweit also das Internet den internen Austausch, die Herstellung von Geschlossenheit und kollektiver Identität sowie die Mobilisierung von Anhängern und Unterstützung ermöglicht. Diese Analyse wird anschließend auf Weblogs aus dem Umfeld der politischen Reformbewegung ausgedehnt, um anhand einer Debatte in der Blogosphäre

die Charakteristika der im Internet entstehenden Gegenöffentlichkeiten genauer darzustellen. Beide Untersuchungsschritte fokussieren die Kommunalwahlen 2006; ein Zeitpunkt, zu dem die Reformbewegung nach dem Ende der Regierung Khatami und dem Machtgewinn autoritärer Kräfte im Zuge der Präsidentschaft von Ahmadinezhad einen Prozess der Neuorientierung durchlief.

Abschließend wird die Internetnutzung durch die iranische Frauenbewegung und die Grüne Bewegung behandelt. Die Frauenbewegung hat im Laufe der ersten Amtszeit Ahmadinezhads eine hohe Eigenständigkeit innerhalb der generellen Reform- und Demokratiebewegung gewonnen. Die Entwicklung von flexiblen und hierarchiearmen Strukturen wurde von den Möglichkeiten des Internets geprägt. Die Grüne Bewegung bietet sich als inhaltlicher und zeitlicher Schlusspunkt der Untersuchung an, da die Wahlkrise 2009 einen vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen den konfliktorientierten und strategischen Gruppen Irans bildet. Im Zuge dieses Konflikts stieg die Bedeutung des Internets für Zivilgesellschaft und Opposition signifikant.

# 1. Internet in Iran: Entwicklung und staatliche Politik

---

Die Anfänge des iranischen Internets liegen im 1989 gegründeten Institut für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik (IPM) in Teheran. Aufgrund der Initiative einiger Institutsmitglieder, die in Europa Bekanntschaft mit computervermittelter Kommunikation gemacht hatten, wurde über eine von der iranischen Telekom angemietete Leitung eine Verbindung zur Universität Wien und dem akademischen BITNET eingerichtet. Im Januar 1992 konnte der Direktor des Instituts, Javad Larijani, so eine erste elektronische Grußadresse nach Österreich versenden. Diese Verbindung ermöglichte vorerst den Austausch von E-Mails. Trotz einiger Widerstände von Seiten anderer Mitglieder wurde Iran in das EARN (*European Academic and Research Network*) aufgenommen. Innerhalb Irans gab das Institut seinen Zugang an andere Universitäten und akademische Einrichtungen weiter. Beim Wechsel zum Internetprotokoll und der Bewerbung um den Domainnamen .ir bei der amerikanischen *National Science Foundation* (NSF) stießen die Wissenschaftler des Physikinstituts aufgrund der politischen Spannungen zwischen den USA und Iran zunächst auf Schwierigkeiten, doch konnten diese unter Vermittlung durch die *Internet Society* behoben werden. Im April 1994 bekam Iran somit Zugang zum Internet.<sup>1</sup>

Die Verbindung des IPM entwickelte sich zu einer vollwertigen Internetleitung über die vor allem Universitäten und andere staatliche Einrichtungen das Internet nutzten. Gleichwohl bewegte sich das Institut lange Zeit auf ungewissem Terrain, da in Iran keinerlei gesetzliche Regelung oder Anerkennung der Internetkommunikation existierte. Insofern scheint es auch dem politischen Einfluss des Institutsdirektors Larijani verdanken zu sein, dass seine Mitarbeiter ihre Initiative uneinge-

---

1 Interview mit einem Vertreter des Instituts für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik, Teheran 14.12.2004.

schränkt fortsetzen konnten.<sup>2</sup> Das IPM war außerdem für Bewerbungen um den Domainnamen .ir zuständig, blieb aber aufgrund der unklaren Situation in seiner Vergabepolitik sehr restriktiv. So wurden bis zum September 2001 und einer ersten offiziellen Anerkennung des Internets durch einen Erlass des Hohen Rates der Kulturrevolution nur 670 Domains vergeben, in den darauf folgenden drei Jahren stieg diese Zahl schon auf mehr als 12000.<sup>3</sup>

Durch Medienberichterstattung sowie persönliche und geschäftliche Kontakte von Iranern ins Ausland stieg die Bekanntheit des Internets und damit das Interesse an einer Nutzung des neuen Kommunikationsmittels bald auch außerhalb akademischer Kreise. Der erste private Internetanbieter Irans war die gemeinnützige Organisation *Neda Rayaneh*, deren Leiter zuvor im IPM gearbeitet hatte. Zu ihren Kunden zählten aufgrund der zu diesem Zeitpunkt hohen Kosten einer Internetverbindung hauptsächlich größere Unternehmen, die per Satellit über Kanada Zugang zum Internet erhielten.<sup>4</sup> *Neda Rayaneh* kooperierte außerdem mit der Teheraner Stadtverwaltung bei der Erstellung eines interaktiven Stadtplans, entwickelte die elektronische Ausgabe der hauptstädtischen Tageszeitung *Hamshahri* und bot als eine der ersten Firmen Prepaid-Karten für den Internetzugang von Privatkunden an.<sup>5</sup> Auch andere private Internetanbieter der ersten Stunde trugen mit Eigeninitiative, Geschäftssinn und Enthusiasmus maßgeblich zur Expansion des Internets bei.

Essentielle Anstöße für die Verbreitung des Internets lieferten zum einen die Internationalisierung des Unicode-Systems, das eine Verwendung des arabisch-persischen Alphabets am Computer erleichterte und zum anderen der breite Verkauf von Prepaid-Karten für den Internetzugang. Die überall erhältlichen Karten verschiedenster Provider boten privaten Nutzern die Möglichkeit, ohne vorheriges Abonnement und über den häuslichen Telefonanschluss das Internet für wenige Stunden „auszuprobieren“. Überdies eröffneten in den Städten zahlreiche Fachgeschäfte, die aufgrund der eingeschränkten Handelsbeziehungen mit den USA und

---

2 Ebd. Der Institutsleiter Mohammad Javad Larijani studierte Mathematik an der US-amerikanischen Universität Berkeley und war eine Zeitlang hochrangiger Mitarbeiter im Außenministerium sowie Parlamentsabgeordneter des 4. und 5. Majles. Der Sohn einer angesehenen Klerikerfamilie ist der ältere Bruder von Ali Larijani (1994-2004 Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, ab 2008 Parlamentspräsident) und Sadegh Larijani (Mitglied des Expertenrats, ab 2009 Justizchef).

3 Ebd.

4 Kunden für Internetzugänge bei den ersten iranischen Internetanbietern mussten neben erheblichen Gebühren auch ein Garantiedepot aufbringen und umfangreiche Dokumente abliefern. „Internet in den acht Jahren der Reformregierung“, BBC Persian vom 10.08.2005.

5 Interview mit einem Vertreter von *Neda Rayaneh*, Teheran 22.04.2005.

europeischen Ländern verhältnismäßig günstige Computer und Hardware asiatischer Produktion verkauften. Die entsprechenden Software-Programme hingegen zirkulierten in einem Land mit fehlender Implementierung des Copyrights ohnehin als preiswerte Kopien im Sortiment von Kiosken und Straßenhändlern.

Der Bekanntheitsgrad des Internets erhöhte sich zusätzlich durch unzählige Internetcafés, die von geschäftsfreudigen Unternehmern in den größeren Städten des Landes eröffnet wurden. Shafaee schätzt, dass zwischen 2000 und 2002 allein in Teheran bis zu 8000 dieser Einrichtungen entstanden.<sup>6</sup> Angesichts der großen iranischen Auslandsgemeinde erwies sich die Möglichkeit, hier preiswert über das Internet zu telefonieren, als besonders attraktiv. („*voice over IP*“). Vor dem Computer über Kopfhörer und Mikrofon mit ihrer weltweit verstreuten Verwandtschaft kommunizierend machten viele Iraner zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem Internet, um dessen zusätzliche Funktionen erst im Nachhinein zu entdecken.

Bald boten viele Tageszeitungen regelmäßig Rubriken zu Themen rund um das Internet an. Für die jungen Journalisten der kurzlebigen Reformpresse stellte das neue Medium ein attraktives Mittel der Informationsrecherche dar. Derart gewonnene Erfahrungen und Eindrücke gaben sie über ihre Artikel an das Publikum weiter. Gleichzeitig entstanden teilweise sehr professionelle Fachzeitschriften für Informatik und Kommunikation. Vor allem Jugendliche zeigten sich aufgeschlossen gegenüber dem Internet. Insgesamt begegnete man in Iran dem Modernitätsversprechen des Internets mit großem Optimismus. Für viele Einwohner des international isolierten Landes symbolisierte die global vernetzte Kommunikationstechnologie eine Quelle des Fortschritts in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur.

### *Rapider Anstieg der Nutzerzahlen*

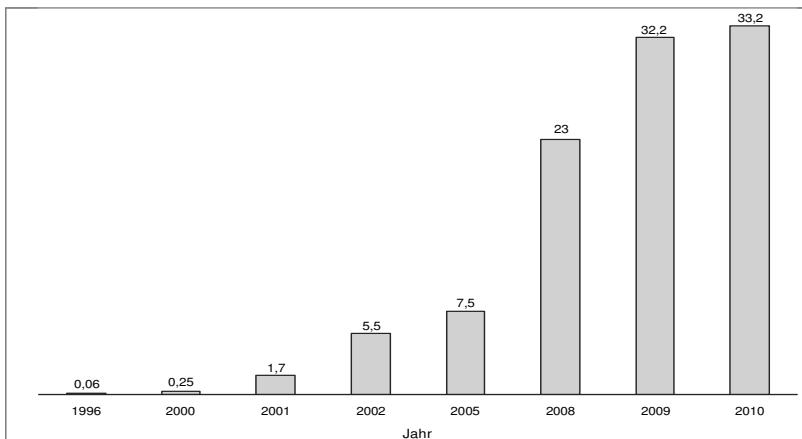
Innerhalb der Region konnte Iran eine der höchsten Wachstumsraten für Internetnutzung aufweisen. Schätzte Arabshahi die Zahl der iranischen Anwender im Jahr 1996 noch auf 60000, so stieg diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf 250000 Nutzer und dann bis 2002 rasant auf 5,5 Millionen. Mit dem Ende der Amtszeit von Präsident Khatami im Jahr 2005 hatte die Zahl der iranischen Anwender 7,5 Millionen erreicht, um sich bis zu den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 mehr als zu vervierfachen. Auch hinsichtlich des prozentualen Anteils der Internetnutzer an der Gesamtbevölkerung liegt Iran im Vergleich zu den übrigen Ländern des Nahen und

---

6 Shafaee, Mousavi: „Globalization and Contradiction between the Nation and State in Iran: The Internet Case“, in: Critique: Critical Middle Eastern Studies 12 (2) (2003), S. 189-95, hier S. 194.

Mittleren Ostens nach wie vor im vorderen Bereich und wird nur von Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Qatar oder Libanon übertrffen.<sup>7</sup>

*Abbildung 2: Zahl iranischer Internetnutzer (in Millionen)*



Quelle: <http://www.internetworkworldstats.com/me/ir.htm>

Gleichwohl können diese Zahlen nicht ohne Vorbehalt betrachtet werden. Eine wesentliche Einschränkung der Anbindung iranischer Nutzer an globale Kommunikationsnetze erwächst aus der Qualität der Internetzugänge. Einer Schätzung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zufolge hatten Ende 2006 allenfalls 100000 Anwender Zugang zu leistungsfähigen ADSL-Anschlüssen mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit.<sup>8</sup> Für 2008 beziffert die International Telecommunication Union die Nutzer von Breitbandverbindungen mit 300000.<sup>9</sup> ADSL-Anschlüsse sind nicht nur verhältnismäßig teuer, sondern unterliegen auch gesetzlichen Auflagen. So erhalten zwar Firmenkunden oder akademische Institutionen Genehmigungen für Breitbandverbindungen, im Privatbereich jedoch wird deren Leistung seit

7 Im Jahr 2008 erreichte der Anteil der Internetnutzer an der Gesamtbevölkerung in Iran 34,9 Prozent und lag damit über dem Durchschnitt der Region von 24 Prozent (Vereinigte Arabische Emirate: 60 Prozent, Qatar: 52 Prozent, Libanon: 39 Prozent). Im Jahr 2012 erreicht der Anteil in Iran 53,3 Prozent, der regionale Durchschnitt 40,2 Prozent. Internet World Stats: Middle East Internet Usage and Population, 15.11.2012, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>

8 „Die Situation von WLAN-Internet mit hoher Geschwindigkeit in Iran“, BBC Persian vom 12.01.2007.

9 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2009.

Herbst 2006 gedrosselt. Damit ist Iran weltweit das einzige Land, das die Übertragungsgeschwindigkeit des Internets willentlich begrenzt.<sup>10</sup>

Doch auch entwicklungspolitische Schwächen verlangsamten die Entwicklung der Internetnutzung. Trotz eines landesweit gut ausgebauten Telefonnetzes und einer relativ hohen Mobilfunknutzung wies die Infrastruktur nicht die nötigen Kapazitäten für eine umfassende Ausweitung leistungsstarker Internetverbindungen auf. In Ermanglung koordinierter Ansätze für die weitere Erschließung des Telekommunikationssektors konnte der anhaltenden Nachfrage in der Bevölkerung nicht zu Genüge nachgekommen werden. Entscheidungen in diesem Bereich waren häufig eng an innenpolitische Fragen geknüpft; private oder ausländische Investitionen wurden – wenn überhaupt – nur zögerlich zugelassen und der Kommunikationsmarkt blieb aufgrund der Vormachtsstellung des Staates unsicher. Nachdem anfänglich vor allem private Initiativen die Ausbreitung des Internets prägten, etablierte sich der Staat rasch als zentraler Akteur und prägte die weiteren Entwicklungs schritte neuer Kommunikationstechnologien entscheidend.<sup>11</sup>

## STAAT UND INTERNET

Nach den ersten Impulsen aus dem akademischen und privaten Bereich zeigten auch staatliche Institutionen Interesse an der neuen Technologie des Internets. Erst allmählich entwickelten der iranische Staat und seine Akteure eine Haltung gegenüber dem Internet, die einerseits von dem Interesse, die Potentiale des Mediums zu nutzen geprägt war, andererseits vom Verlangen, dessen Anwendungen und Inhalte möglichst umfassend zu kontrollieren.

Im Schatten der staatlichen Telekom und des Kommunikationsministeriums entstand 1991 die *Data Communication Company of Iran* (DCI), die an der Weiterentwicklung von Kommunikationsnetzwerken in Iran arbeitete. In enger Kooperation mit der Telekom und dem zuständigen Ministerium reklamierte die DCI ab Mitte der 1990er die Kontrolle über das allmählich wachsende iranische Internet. Diesen Anspruch leitete die Firma aus der in der Verfassung verankerten Monopolstellung der Telekom auf dem klassischen Telefonmarkt ab, die man nunmehr auch auf das Internet übertrug. Insofern versuchten Telekom und DCI, die Aktivitäten privater Internetanbieter einzuschränken.

10 „Fußgängerweg Fiberglas. Bericht zur Lage von ADSL in Iran“, Rooz vom 21.04.2008.

11 Interviews mit Fachredakteuren des IT-Bereichs in den Tageszeitungen *Sharq* (01.12.2004), *Sarmaye* (05.11.2008) und *Donya-ye Eqtesad* (02.11.2004/08.11.2008), alle Teheran.

Auch mit anderen Institutionen geriet die DCI in Konflikt. Zum einen besaß das Physikinstitut IPM nach wie vor die wichtigste Internetverbindung des Landes und war für die Vergabe des iranischen Domainnamens verantwortlich. Zum anderen zeigte die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt ebenfalls Ambitionen, das Internet zu kontrollieren, da man dort das Netz eher als klassisches Informationsmedium denn als Mittel einer zweiseitigen Telekommunikation betrachtete. Interessanterweise schien es bei diesen Konflikten nicht nur um eine Durchsetzung gesamtstaatlicher Kontrolle gegenüber dem Privatbereich zu gehen. Vielmehr handelte es sich um einen Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Institutionen, die miteinander um Einfluss auf Ausbau und Gestaltung der Internetnutzung wetteiferten.<sup>12</sup> Die parallelen Interessen verschiedener staatlicher Akteure widerspiegeln die Fraktionierung der politischen Elite sowie übergreifende Kompetenzen der staatlichen Institutionen und prägten auch nachfolgend die Entwicklung des gesamten IT-Bereichs in Iran.

Mit steigenden Nutzerzahlen gegen Ende der 1990er Jahre manifestierten sich in diesem Zusammenhang auch handfeste wirtschaftliche Interessen. So sah die staatliche Telekom durch die Auslandsgespräche, die immer mehr Iraner in Internetcafés führten, ihr Monopol über den Telefonsektor in Frage gestellt. Obwohl sie in diesen Jahren das öffentliche Telefonnetz erheblich ausbauen konnte, entgingen ihr auf diesem Wege beträchtliche Einnahmen. Auf Initiative des Kommunikationsministeriums wurden daher bereits im Mai 2001 in Teheran bis zu 400 Internetcafés wegen fehlerhafter Lizenzen geschlossen.<sup>13</sup>

Neben diesen Auseinandersetzungen um Einfluss und Kontrolle sahen staatliche Akteure und Organisationen im Internet natürlich auch ein nützliches Instrument zur Realisierung ihrer jeweiligen Kommunikationsbedürfnisse. Sowohl das iranische Militär als auch die Anstalt für Rundfunk und Fernsehen verfügten früh über eigene, unabhängige Internetzugänge. Ministerien und staatliche Unternehmen, wie Iran Air oder die National Iranian Oil Company, präsentierten sich Ende der 1990er auf eigenen Webseiten. Die iranische Botschaft in Kanada veröffentlichte unter der Adresse [www.salamiran.org](http://www.salamiran.org) Informationen über Geschichte und Kultur des Landes. Im Präsidentschaftswahlkampf 1997 zeigten sich sowohl der konservative Kandidat Nateq-Nuri als auch sein Herausforderer Mohammad Khatami aufgeschlossen für das neue Kommunikationsmittel und verbreiteten ihre Standpunkte jeweils über eine eigene Webseite.<sup>14</sup> Bald veröffentlichten staatliche Institutionen wie Wächterrat, Parlament und die Ministerien im Internet Informationen über ihre Arbeit. Politiker präsentieren sich mit Fotos, gesammelten Reden und Interviews auf Webseiten.

---

12 Interview mit einem Vertreter des Instituts für Forschung in Theoretischer Physik und Mathematik, Teheran 14.12.2004.

13 Reporters without Borders: „Internet in Iran“, Webseite vom 19.06.2003.

14 Interview mit einem Vertreter des Internetanbieters *Neda Rayaneh*, Teheran 22.04.2005.

Zu den ersten Anwendern zählten überdies die theologischen Seminare der Stadt Qom, dem Zentrum der schiitischen Geistlichkeit in Iran. Hier beschäftigten sich verschiedene Organisationen damit, islamische Texte und Interpretationen ins Netz zu bringen. Über die Publikation und Erstellung religiöser Gutachten (*fatwa*), die mitunter mehrsprachig auf Webseiten präsentiert wurden, suchten iranische Ayatollahs ihre Position innerhalb der Gemeinde muslimischer Internetnutzer zu bestätigen. Gerade in Qom zeigte sich die Herangehensweise der Führungselite der Islamischen Republik an das Internet besonders deutlich: während die Kleriker einerseits „schädliche“ Einflüsse des Internets, wie etwa Pornographie, scharf verurteilten, priesen sie andererseits die Möglichkeiten, die es ihnen eröffnete, sei es bei der Kommunikation mit Gläubigen, der Propagierung religiöser Interpretationen oder ganz einfach der Gewinnung neuer Erkenntnisse. Für die Kleriker war das Internet damit ebenso zweckdienlich „wie ein Becher, der sowohl Wasser als auch Gift enthalten kann“.<sup>15</sup>

Diese Haltung symbolisiert im Großen und Ganzen den weiteren Umgang des Regimes mit dem Internet. Die politischen Akteure lehnten das Internet keinesfalls ab, sondern bemühten sich um einen umfassenden Zugriff auf die neue Technologie. In den staatlichen Institutionen verfügte man indes zunächst weder über Wissen noch Kapazitäten, um die gesamte Internetentwicklung des Landes unter Kontrolle zu nehmen und überließ somit zwangsläufig dem bemerkenswert innovativen Privatsektor den Markt. Gleichwohl suchte der Staat mittels der zu Verfügung stehenden Ressourcen das Potential des Internets für eigene Zielstellungen zu nutzen und gleichzeitig zu kontrollieren.

Neben dem Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie, der Telekom und dem zugehörigen Provider DCI erhielt der so genannte Hohe Rat für Medien (*Showra-ye ali-ye ettela resani*) weitreichende Vollmachten für die Fortentwicklung des Internets. Der Vorsitzende des Gremiums, Nasrollah Jahangard, wurde von Staatspräsident Khatami zum Sonderbeauftragten für Informationstechnologie ernannt und war außerdem stellvertretender Minister in der Entwicklungs- und Planungsabteilung des Kommunikationsministeriums. Unter seiner Leitung entstand ab 1999 ein umfassender nationaler „Plan zur Entwicklung der Anwendung von Informationstechnologie“, der schließlich im Sommer 2002 dem Regierungskabinett vorgestellt wurde. Der nach seinem persischen Akronym TAKFA benannte Plan orientierte sich an internationalen Projekten wie sie etwa im Rahmen verschiedener UN-Organisationen und der Weltbank für den Ausbau der IT-Nutzung in Entwicklungsländern entworfen worden waren. Mit einem beachtlichen Budget ausgestattet, hatte TAKFA nicht nur eine grundlegende Verbesserung der

---

15 Michaelson, Marcus: „Howze en ligne: La vitrine virtuelle des clercs de Qom“, in: *Réseaux* 24 (135-36) (2006), S. 323-45.

benötigten Infrastruktur zum Ziel, sondern umfasste auch ambitionierte Vorhaben für die Anwendung von Informationstechnologie in Wirtschaft, Bildung und öffentlicher Verwaltung („*e-commerce*, *eEducation*, *e-government*“). Im Rahmen des Projekts konnten Regierungsinstitutionen einen Teil ihrer Finanzmittel für eigene Investitionen im Bereich der Informationstechnologie nutzen. Staatliche Einrichtungen sollten mit dem entsprechenden Equipment ausgestattet und ihre Mitarbeiter geschult werden. Außerdem gelang es Jahangard, seinen Hohen Rat für Medien eng an die Organisation für Planung und Verwaltung, ein einflussreiches Gremium bei der Verteilung des gesamtstaatlichen Budgets anzubinden. Die Entwicklung des Informationssektors wurde zu einem erklärten Ziel des vierten Fünfjahresplans.<sup>16</sup> Darüber hinaus entstand in Zusammenarbeit mit dem Medienrat eine wissenschaftliche Forschungsgruppe zur „Informationsgesellschaft“, iranische Delegationen besuchten den World Summit of Information Society (WSIS) in Genf (2003) und Tunis (2005).

So erfreut sich Vertreter aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft über die staatliche Unterstützung des Informationssektors auch zeigten, blieben sie doch skeptisch in Bezug auf die Umsetzung der Vorhaben. Kritik richtete sich vor allem gegen die exekutive wie finanzielle Übermacht des Medienrates, mit der dieser Lizenzen, Aufträge und Investitionen verteilt. Auch die Aufwendung von Geldern ohne Rücksicht auf einen angemessenen und nachhaltigen Einsatz bzw. eine Zweckentfremdung des TAKFA-Budgets wurde beanstandet. TAKFA wurde somit nicht nur als progressive Initiative der Regierung im IT-Bereich angesehen, sondern auch als Werkzeug eines dominanten Staates, der aus Sorge um den eigenen Einfluss einen Wettbewerb privater Investoren bremste.<sup>17</sup>

In Folge umfangreicher Personalwechsel nach dem Amtsantritt von Ahmadinezhad im Jahr 2005 gewannen neue politische Akteure Zugang zum Regierungsapparat und damit auch politische Kontrolle über den Telekommunikationssektor. Die Regierung führte mit dem Hohen Rat für Informationstechnologie (*Showra-ye ali fanavari ettelaat*) ein weiteres Gremium ein, das in direktem Anschluss an das Kommunikationsministerium fortan den IT-Bereich lenkte. Im Gegenzug wurde die Stellung des Medienrates abgewertet, das TAKFA-Programm kam allmählich zum Erliegen. Nachfolger im Amt Jahangards wurde ein Geistlicher aus Qom, der sich bis dahin vor allem bei der Digitalisierung religiöser Schriften hervorgetan hatte

---

16 „Gesamtüberblick über das TAKFA-Programm“, Dokument des Hohen Medienrats zugänglich unter <http://www.itiran.com/docs/takfa8.pdf> [01.12.2012] Außerdem: „Kleriker auf dem Chefessel der iranischen Informationstechnologie“, BBC Persian vom 31.03.2006.

17 Interview mit einem IT- und Wirtschaftsredakteur der Tageszeitung *Sanat*, Teheran 02.11.2004.

und dementsprechend die Förderung computerbasierter islamischer Bildungs- und Kommunikationsprojekte priorisierte.<sup>18</sup>

Der politische Stil Ahmadinezhads wirkte sich auch auf den Kommunikationsbereich aus. Der Präsident gab bei der Besetzung von Ämtern einem engen Umfeld von Gesinnungsgenossen gegenüber Fachleuten den Vorzug und verband gleichzeitig Ad-hoc-Entscheidungen mit der Missachtung langfristiger Entwicklungspläne, speziell der in der Verfassung festgeschriebenen Privatisierungspolitik. Die staatliche Fortentwicklung der Internetnutzung wurde insgesamt kurzfristiger ausgerichtet. Ganz im Sinne der von Ahmadinezhad ausgegebenen Parole vom „Dienst am Volke“ wurden etwa Banken und Verwaltungen verpflichtet, einen Teil ihrer Leistungen online anzubieten. Ein Internetprojekt der Regierung bildete die Ausstellung von Benzinkarten, die nach der im Juni 2007 kurzfristig eingeführten Treibstoffaffiliationierung vollständig online abgewickelt wurde. Bei Ausschreibungen für Infrastrukturprojekte und Anteilsveräußerungen von Staatskonzernen wurden Ablegerorganisationen der Revolutionsgarden bevorzugt.<sup>19</sup>

Gleichzeitig begegnete die Ultrakonservativen in Regierung und Parlament dem Internet mit einer ideologischen Herangehensweise und fokussierten verstärkt die potentiellen Bedrohungen durch das Medium. So beschreibt ein 2007 vom Parlament verfasster Untersuchungsbericht mögliche Sicherheitsrisiken der Internetnutzung, angefangen von Terrorismus, Aufwiegelung der öffentlichen Meinung und Aktionen gegen das System der Islamischen Republik bis hin zu Betrug und moralischer Gefährdung.<sup>20</sup> Um regimefreundliche Anwendungen zu fördern, wurden unter anderem Organisationen der *Bassij* vermehrt mit Internetzugängen ausgerüstet, staatlich unterstützte Messen und Wettbewerbe im Informatikbereich abgehalten und Computerspiele mit ideologischen Inhalten entworfen.<sup>21</sup> Ein Schwerpunkt der Internetentwicklung lag nach 2005 auf dem Ausbau eines umfassenden Zensur- und Kontrollsystems, das den grundlegenden Einfluss des Staates über das Internet gewährleisten sollte.

---

18 „Kleriker auf dem Chefsessel der iranischen Informationstechnologie“, BBC Persian vom 31.03.2006.

19 Interviews mit Fachredakteuren des IT-Bereichs in den Tageszeitungen *Sarmaye* (05.11.2008) und *Donya-ye Eqtesad* (08.11.2008), Teheran.

20 „Umstürzler im Internet“, *Rooz* vom 21.07.2006.

21 Interview mit dem IT-Redakteur der Tageszeitung *Donya-ye Eqtesad*, 08.11.2008.

## GESETZLICHER RAHMEN

Ein Erlass des Hohen Rates der Kulturrevolution (HRKR) vom September 2001 stellte den ersten Schritt dar, durch den der iranische Staat seine Aufsicht über das expandierende Internet zu etablieren suchte. Das Dokument unterstrich das staatliche Monopol über Verbindungen zum Internet und verpflichtete alle Einrichtungen, die derartige Dienste anboten (Access Service Provider – ASP) zur Beantragung einer Lizenz beim Kommunikationsministerium. Dieses sollte fortan unter Konsultation des für Geheim- und Sicherheitsdienste zuständigen Informationsministeriums und des Rates für Medien über die Zulassung von Anbieterfirmen entscheiden. Eine Zielstellung dieser Regelung war, die Anzahl der Anbieter mit direktem Zugang zum weltweiten Internet einzuschränken und diese möglichst dem Provider der Telekom, DCI, zu unterstellen.<sup>22</sup> Allerdings verfügte die DCI zum damaligen Zeitpunkt nicht über die technischen Kapazitäten, um Internetdienste im benötigten Umfang an den Privatsektor weiterzugeben. Erst mit dem Ausbau leistungsstarker Verbindungen in die Arabischen Emirate und die Türkei konnte die DCI im Laufe der folgenden Jahre ihr Angebot verbessern und andere Anbieter unter ihre Kontrolle bringen.<sup>23</sup>

Der Erlass des HRKR lieferte nicht nur eine erste offizielle Anerkennung des Internets, sondern stellte auch einen wesentlichen Eingriff des Staates in den bis dahin unregulierten Internetsektor dar. Die Bedingungen für die Gründung einer Providerfirma standen somit fest: Die Antragsteller mussten mindestens 25 Jahre alt sein, keine Vorstrafen besitzen, die Verfassung der Islamischen Republik respektieren und durften weder einer regimefeindlichen Gruppierung angehören noch gegen das politische System Irans arbeiten. Sie wurden außerdem zur Durchsetzung von Filter- und Kontrollmaßnahmen verpflichtet. Fortan waren Produktion und Verbreitung von unter anderen folgenden Inhalten im Internet verboten:

- antireligiöse und antiislamische Schriften
- Ablehnung der Verfassung und Gefährdung der territorialen Unversehrtheit der Islamischen Republik
- Beleidigung des Revolutionsführers und anderer religiöser Autoritäten
- Entstellung und Beleidigung der Werte der Islamischen Revolution und des politischen Denkens Khomeinis

---

22 „Beschlüsse und Kriterien für computerbasierte Informationsnetzwerke“, Dokument unter: <http://www.itiran.com/docs/18.htm> [01.12.2012].

23 Interview mit einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider Irans, Teheran 16.02.2005.

- Verbreitung von Pessimismus und Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die Legitimation und Leistungen des politischen Systems der Islamischen Republik
- Propagierung ungesetzlicher Gruppierungen und Parteien
- Verbreitung geheimer oder vertraulicher Informationen zu militärischen und sicherheitsrelevanten Fragen
- Verbreitung moralisch anstößiger Fotos und Schriften
- Förderung von Drogenkonsum
- Verletzung der Privatsphäre und Beleidigung von Privatpersonen
- Produktion von Radio- und Fernsehprogrammen im Internet ohne Genehmigung des staatlichen Rundfunk und Fernsehens<sup>24</sup>

Die gesamte Durchsetzung dieser Regelungen oblag dem Kommunikationsministerium, bei Verstößen drohte den Internetanbieter Lizenzentzug und gerichtliche Verfolgung. Der Erlass rief auf Seiten der Internetanbieter Unsicherheit und Widerstand hervor. In langwierigen Verhandlungen mit dem Kommunikationsministerium versuchte eine Vereinigung privater Anbieter ihre Interessen geltend zu machen. Doch noch 2004 arbeiteten Provider unter unbeständigen Bedingungen, da ihre Lizenzen jeweils nur ein Jahr Gültigkeit hatten. Auch die Ungewissheit, über jederzeit mögliche zusätzliche Einschränkungen verhinderte längerfristige Investitionen in einen wirtschaftlich hochattraktiven Markt.<sup>25</sup>

Die Maßnahmen des HRKR sorgten in politischen Kreisen ebenfalls für Diskussionen. Im reformorientierten sechsten Parlament wurde die Zuständigkeit dieses Rates grundsätzlich in Frage gestellt. Die Parlamentarier sahen durch den Erlass mit gesetzesähnlichem Charakter ihre legislative Autorität untergraben. Hier kollidierten unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben dieser Institution, die im Zuge der „Islamischen Kulturrevolution“ nach 1979 gegründet worden war. Auf der einen Seite stellten Reformpolitiker den Fortbestand des HRKR in Frage, da seine Entstehung auf eine besondere Epoche der Revolutionsgeschichte zurückging und nunmehr Ministerien und Parlament die entsprechenden Aufgaben übernommen hatten. Andererseits betonten vor allem konservative Akteure die Notwendigkeit eines Instruments, über das Vertreter aus religiösen Schulen, Rundfunk und Fernsehen sowie dem Revolutionsführer nahe stehenden Organisationen direkten Einfluss auf die Kulturpolitik der Islamischen Republik nehmen konnten. Versuche der Re-

<sup>24</sup> „Beschlüsse und Kriterien für computerbasierte Informationsnetzwerke“, Dokument unter: <http://www.itiran.com/docs/18.htm> [01.12.2012].

<sup>25</sup> Interview mit einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider Irans, Teheran 16.02.2005.

formpolitiker, die Befugnisse des HRKR einzuschränken, scheiterten bis zur Machtübernahme durch Ahmadinezhad im Sommer 2005.<sup>26</sup>

Darüber hinaus beschäftigte sich auf Anordnung des Justizchefs Shahrudi ab Ende 2002 ein spezielles Komitee mit der Erarbeitung eines gesetzlichen Rahmens für Vergehen im Zusammenhang mit Computer- und Internetnutzung. Unterstützung kam hierbei von Seiten des Hohen Medienrats, dessen Leiter Jahangard für die Fortentwicklung des Internets eine gesetzliche Grundlage notwendig erachtete. Eine aus Juristen und Informatikexperten zusammengesetzte Kommission wertete die Gesetzgebungen anderer Länder aus und entwickelte in einer Reihe von Seminaren, auch unter Einbeziehung von unabhängigen Fachleuten und Vertretern der privaten Internetanbieter, einen eigenen Gesetzentwurf. Dieser wurde kurz vor dem Regierungswechsel 2005 dem Parlament vorgelegt, dort jedoch erst im November 2008 ratifiziert und dem Wächterrat zur endgültigen Begutachtung übermittelt. Der Text regelt vor allem den Umgang mit Onlinebetrug, Datenfälschung und unbefugtem Eindringen in Informationsnetzwerke, präzisiert aber ebenso noch einmal die Pflichten von Internetanbietern bei Überwachung und Filtern der von ihnen übermittelten Daten.<sup>27</sup>

Die mehrfach angestrebte Erweiterung des Pressegesetzes auf Onlinemedien bildete einen weiteren Versuch der gesetzlichen Regelung von Internetkommunikation. Nachdem eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes durch das siebte Parlament abgelehnt worden war, gelang es der Regierung Ahmadinezhad im April 2009 eine erste Zustimmung der Abgeordneten zu erreichen. Unklarheiten und Kritik in Bezug auf die Umsetzung dieser Regelung bestanden jedoch nach wie vor – auch auf Seiten konservativer Parlamentarier. Im Prinzip wären iranische Onlinemedien damit denselben Vorschriften wie Printmedien unterworfen gewesen und hätten beispielsweise eine Lizenz beim Ministerium für Islamische Kultur und Orientierung beantragen müssen. Ebenso wie in der Presse konnte Propaganda gegen Staat oder Islam durch hohe Gefängnisstrafen geahndet werden. Allerdings definierte der Gesetzentwurf den Begriff der Onlinemedien nicht, so dass unklar blieb, ob etwa private Webseiten oder Weblogs ebenfalls von dieser Regelung betroffen waren. Zudem schien eine Ausgabe von Lizenzen durch das Kulturministerium an die unzähligen, teilweise kurzlebigen Webseiten mit Nachrichten und Informationen kaum durchführbar.<sup>28</sup> Nichtsdestotrotz gingen Sicherheitsdienste und Justiz auf Ba-

---

26 „Reform aus zwei Perspektiven“, Salnahmeh-ye Sharq 1383 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2005, S. 34.

27 OpenNet Initiative: Iran 2009.

28 Ebd.; „Ratifizierung des umstrittenen Gesetzentwurfs zur Reformierung des Pressegesetzes im Parlament“, Deutsche Welle Farsi vom 15.04.2009.

sis dieser unklaren gesetzlichen Regelungen gegen unliebsame Netzautoren vor und schränkten die Meinungsfreiheit im Internet ein.

## ZENSUR, BLOCKADE, ÜBERWACHUNG

Iran verfügt weltweit über eines der umfassendsten Systeme zur Kontrolle und Zensur von Internkommunikation. Organisationen wie Reporter ohne Grenzen und die OpenNet Initiative bescheinigen dem Land drastische Eingriffe in die Informationsfreiheit im Netz. Sowohl der Zugang zu Webseiten als auch Netzinhalte unterliegen staatlicher Überwachung. In Anbetracht der strikten Kontrolle der übrigen Medien erscheint dies kaum verwunderlich, doch wurde das Internet nicht von Anfang zensiert. Erst mit dem Anstieg der Nutzerzahlen wuchs auf staatlicher Seite das Verlangen nach verstärkter Aufsicht über die Anwendung des neuen Mediums. Nichtsdestotrotz dauerte es mehrere Jahre, bis die Internetzensur in Iran ihre volle Ausprägung erreichte. Die involvierten Behörden verfügten zunächst nicht über notwendige technische und logistische Fähigkeiten, um eine einheitliche Überwachung durchzusetzen. Darüber hinaus zeigten sich auch in der Durchsetzung der Internetzensur deutlich die parallelen institutionellen Strukturen der Islamischen Republik mit umstrittenen Zuständigkeiten und konkurrierenden politischen Vorstellungen.

Nachdem der Erlass des HRKR vom September 2001 Internetanbieter zur Anwendung bestimmter Filtermaßnahmen verpflichtet hatte, schuf dieses Gremium zwei Jahre später eine Kommission mit der Aufgabe, Webseiten auf deren Verträglichkeit mit den Gesetzen und Normen der Islamischen Republik zu überprüfen. Diese Kommission setzte sich aus jeweils einem Vertreter der staatlichen Fernsehanstalt, des Informationsministeriums und des Kulturministeriums zusammen, die im Januar 2003 ihre Arbeit aufnahmen. Sie erstellten eine Liste mit den zu blockierenden Seiten, die anschließend an die Internetanbieter weitergeleitet wurde.

Im Mai 2003 kam es so zu den ersten umfassenden Schließungen von Webseiten für iranische Nutzer. Zu den nicht mehr zugänglichen Webseiten zählten vor allem Pornographie-Seiten, aber auch die Internetpublikationen exilierter Regimegegner wie die von Reza Pahlavi, dem Sohn des Schah, des ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr oder der Organisation der *Mojahedin-e Khalq*. Einige Anbieter schlossen auch schon zu diesem Zeitpunkt die reformorientierte Webseite *Emruz*.<sup>29</sup> Gleichwohl zirkulierten verschiedene Versionen der angeblich per CD an die Anbieter verteilten „Blacklist“ und die unterschiedlich strikte Befolgung dieser Anweisungen verstärkte die Uneinheitlichkeit der Zensurmaßnahmen. Fortan entschieden sich

29 „15000 Internetseiten verboten“, BBC Persian vom 10.05.2003; „Einschränkung politischer Webseiten in Iran“, BBC Persian vom 11.05.2003.

private Nutzer beim Kauf der üblichen Prepaid-Karten für diejenigen Provider, deren Angebot am wenigsten censiert war. Dies führte zu einer absurden Konkurrenzsituation zwischen den Internetanbietern: während vor allem größere Firmen aus Sorge um ihren Fortbestand mehr Seiten als notwendig blockierten, versuchten andere mit einem möglichst offenen Internetzugang mehr Kunden anzulocken.

Anfang 2004 zeigte die Schließung einiger Internetanbieter durch den ultrakonservativen Teheraner Staatsanwalt Said Mortazavi, dass neben der dreiköpfigen Kommission des HRKR auch die Justiz in die Zensur des Internets eingreifen konnte. Die geschlossenen Provider hatten angeblich Filteranweisungen, die direkt von der Staatsanwaltschaft ausgegeben worden waren, nicht befolgt.<sup>30</sup> Im Sommer desselben Jahres sorgte die Blockierung der Webseiten *Ruydad*, *Emruz* und *Bamdad* durch die Justiz für Aufsehen. Techniker, Journalisten und Blogger, die an diesen bekannten Reformpublikationen mitarbeiteten, wurden verhaftet und unter Druck gesetzt. Das unter dem Namen „Weblog-Akte“ bekannte Verfahren zog sich trotz der Intervention anerkannter Politiker über mehrere Monate hin. Die unbeeindruckt agierende Staatsanwaltschaft machte deutlich, dass sie in ihrem Vorgehen gegen unliebsame Stimmen im Internet auf die gleichen Methoden zurückgreifen würde, die bereits bei der Repression reformorientierter Pressepunktionen angewendet worden waren.

Die Konflikte zwischen der konservativen Justiz und den Behörden der Reformregierung zeigten sich auch Anfang 2005 in der Schließung der populären Internetdienste *Persianblog*, einem Webloganbieter und *Orkut*, einer Webseite zur Pflege sozialer Netzwerke, die sich bei iranischen Jugendlichen enormer Beliebtheit erfreute. Sowohl Kommunikationsminister Motamedi als auch Regierungssprecher Ramazanzadeh wandten sich gegen diese Blockierungen, zu denen ihnen keinerlei Informationen vorlagen und die weder auf das Kommunikationsministerium noch die Kommission des HRKR zurückgingen, sondern auf eine direkte Anordnung der Justiz.<sup>31</sup> Der Vorsitzende des Khatami-nahen Medienrates Jahangard mahnte eine Einhaltung der rechtlichen Strukturen an. Der Teheraner Staatsanwalt Mortazavi betonte dagegen, dass alle staatlichen Dienststellen für die Schließung von Internetseiten mit unmoralischen und antireligiösen Inhalten zuständig seien.<sup>32</sup> Wenig später beklagte der Kommunikationsminister noch einmal die mangelhafte Verständi-

---

30 „Filtern in der Kontroverse“, in: *Salnameh-ye Sharq* 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung *Sharq*) vom März 2006, S. 120.

31 „Protest der iranischen Regierung gegen die Schließung zweier beliebter Webseiten“, BBC Persian vom 10.01.2005.

32 „Jahangard: Judiciary should stop unilateral filtering“ und „Mortazavi defends unilateral filtering of immoral and sacrilegious websites“, Blog Stop Censuring Us vom 13./14.01.2005.

gung zwischen den verschiedenen Institutionen, die mit dem Filtern von Webseiten beschäftigt waren: sein Ministerium habe weder Vertreter noch Ansprechpartner in der Kommission des HRKR, zudem wüssten die Betreiber von Webseiten, die nach einer Schließung bereit gewesen waren, Inhalte zu ändern, nicht einmal, an wen sie sich wenden könnten.<sup>33</sup>

Neben der gezielten Blockade ausgewählter Webseiten suchte man seitens des Kommunikationsministeriums außerdem nach einer Software, mit der sich das Filtern unerwünschter Netzinhalte effektiver gestalten ließe. Durch den Einsatz kommerzieller Filter wie dem amerikanischen Programm Smartfilter gelang es ab 2004, den Zugang zu Pornographie und Anonymisierungshilfen zur Neutralisierung ebenso langer Filter (so genannte Proxies) immer umfassender zu blockieren. Gleichzeitig weitete sich die Kontrolle des staatlichen Internetanbieters DCI über das iranische Internet und seine wichtigsten Knotenpunkte mit dem World Wide Web aus. Die Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Nutzer waren fortan deutlicher spürbar, der Zugang zu bestimmten Seiten ohne eine beständige und informierte Suche nach Umgehungsmöglichkeiten nicht mehr gewährleistet. Laut einer Untersuchung der OpenNet Initiative aus diesem Zeitraum blockierte Iran neben den erwähnten Inhalten vorwiegend persischsprachige Webseiten und Blogs mit kritischen politischen Positionen. Zensiert wurden desgleichen Nachrichten- und Informationsdienste im Internet, auch hier betrafen die Blockaden hauptsächlich persische, weniger fremdsprachliche Publikationen. Internationale Medien und Webseiten, auch mit Informationen zu Menschenrechten wurden bis dato kaum blockiert.<sup>34</sup>

Der massive Einsatz von Filtersoftware stellte die iranischen Behörden allerdings vor Schwierigkeiten. So konnte zwar Pornographie äußerst effektiv ausgesiebt werden, darüber hinaus erforderten die politischen und religiösen Maßstäbe der Islamischen Republik jedoch eine sehr präzise Programmierung der Filter. Infolgedessen kam es immer wieder zu fehlerhaften Blockaden. Allzu sensible Filterprogramme erschwerten beispielsweise die Recherche zu frauenspezifischen Themen im sozialwissenschaftlichen oder medizinischen Bereich. Diese Fehler erreichten mit Verschärfung der Internetzensur ein solches Ausmaß, dass Nutzer oft nicht mehr einschätzen konnten, ob die erwünschte Seite gezielt oder versehentlich geschlossen worden war. Die Möglichkeiten, einer fehlerhaften Blockade entgegen-

---

33 „Two new members for secret committee“, Blog Stop Censoring Us vom 11.02.05; „Filtern in der Kontroverse“, in: Salnameh-ye Sharq 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2006, S. 120.

34 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran in 2004-2005: A Country Study“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2005.

zuwirken, waren begrenzt.<sup>35</sup> Aus diesen Gründen beauftragte das Kommunikationsministerium verschiedene iranische Informatikfirmen mit der Entwicklung einer eigenen Filtersoftware. Ein in Iran entwickeltes zentrales Kontrollprogramm wurde Anfang 2006 in mehreren iranischen Städten getestet.<sup>36</sup> Iranische Technologie wurde auch zum Durchkämmen des Internets nach verbotenen Inhalten genutzt.<sup>37</sup>

Die Kontrolle der Internetnutzung gewann mit Amtsantritt der Regierung Ahmadinezhad zusätzliche Dynamik. Im September 2006 limitierte das Kommunikationsministerium die Übertragungsgeschwindigkeit von Internetverbindungen privater Nutzer auf 128 KB pro Sekunde. Der offiziellen Begründung zufolge bestand im Privatbereich kein Bedarf an leistungsstärkeren Verbindungen, nichtsdestotrotz stand dieser Schritt im Gegensatz zum vierten Fünfjahresplan, der einen umfassenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen vorsah. Mit der Maßnahme suchte die Regierung offenbar das Herunterladen westlicher Filme und Musik aus dem Internet zu verhindern, doch wurden auch Schwächen in der Infrastruktur als mögliche Beweggründe in Erwägung gezogen.<sup>38</sup>

Das Ministerium für Kultur und Islamische Orientierung versuchte Ende 2006 seine Aufsicht über Printmedien auch auf Internetpublikationen auszudehnen. Alle in Iran produzierten Webseiten und Blogs sollten zu einer amtlichen Registrierung verpflichtet werden. Den Auslöser hierfür lieferte offenbar die wachsende Anzahl von Nachrichtenblogs und Informationsseiten, die teilweise der Regierung Ahmadinezhad sehr kritisch gegenüberstanden. Das Ministerium richtete eine spezielle Webseite ein, auf der sich alle Betreiber von Onlinemedien registrieren sollten. Hier wurden unter anderem die Identität und Kontaktdata des Betreibers sowie Angaben zu Inhalt und Zielstellung der jeweiligen Publikation erfasst. Abgesehen von Boykottkampagnen der iranischen Bloggergemeinschaft löste diese Vorgehensweise auch in politischen Kreisen heftige Diskussionen aus. Einerseits mischte sich hier eine weitere Institution in die Überwachung des Internets ein und sorgte so für eine zusätzliche Verwirrung der Zuständigkeiten. Andererseits wurden erhebliche Sicherheitsbedenken laut, da eine beachtliche Menge an Informationen über iranische Internetnutzer auf einer einzigen Webseite gespeichert werden sollte, deren Host sich überdies im Ausland befand. Schließlich aber erschien die Lizenzierung und ständige Evaluierung von hunderten, ja tausenden Webseiten durch das Ministerium

---

35 „Filtern in der Kontroverse“, in Salnameh-ye Sharq 1384 (Jahresendbeilage der Tageszeitung Sharq) vom März 2006, S. 120.

36 „Neues Programm zur Einschränkung des Internets in Iran“, BBC Persian vom 06.11.2005; „Registrieren Sie sich nicht, wir filtern“, Rooz vom 03.01.2007.

37 OpenNet Initiative: „Internet Filtering in Iran in 2006-2007“, Toronto/Ottawa/Harvard University 2007; OpenNet Initiative: Iran 2009.

38 OpenNet Initiative: Iran 2006.

schlichtweg nicht praktikabel, so dass die Durchführung des Projekts allmählich versandete.<sup>39</sup>

Insgesamt nahm die Internetzensur unter der Regierung Ahmadinezhad eine immer einheitlichere und konsistenter Form an. Bis dato vorhandene Unregelmäßigkeiten in der Durchsetzung der Filterregeln zwischen einzelnen Anbietern verschwanden mit Zusammenführung der zentralen Zugänge zum Internet unter Aufsicht und Infrastruktur der staatlichen Telekom. Vor allem die Filterung politischer Inhalte erreichte unter Ahmadinezhad ein neues Ausmaß. Blockiert wurden nicht nur bekannte persischsprachige Onlinemedien wie *BBC Persian*, sondern auch unzählige Webseiten über Menschen- und Frauenrechte sowie Publikationen kritischer Journalisten. Im Vorfeld von Wahlen ließ sich wiederholt die politisch motivierte Schließung von Webseiten beobachten. So wurde vor den Parlamentswahlen 2008 der Zugang zu einer zentralen Informationsseite der Reformkoalition gesperrt. Bereits Monate vor der Präsidentschaftswahl 2009 blockierten die Behörden eine Webseite, die für eine erneute Kandidatur des früheren Präsidenten Khatami warb. Und schon bevor Anwendungen wie Facebook oder YouTube im Zuge der Wahlkrise 2009 Schlagzeilen machten, wurden sie immer wieder gefiltert. Schließlich sind auch die Webseiten von Organisationen ethnischer und religiöser Minderheiten, wie den Baha'i oder iranischen Kurden von der Zensur betroffen. Angaben aus Regierungskreisen zufolge werden in Iran somit 5-10 Millionen Webseiten blockiert; eine Zahl, die angesichts des hohen Anteils von gefilterten Inhalten mit pornographischer Ausrichtung durchaus realistisch erscheint.<sup>40</sup>

Neben der Filterung von Internetseiten nahm auch die Überwachung von Onlinekommunikation durch die Sicherheitsdienste zu. Im Jahr 2008 kündigten sowohl der Teheraner Staatsanwalt Mortazavi als auch die iranische Polizei die Einrichtung spezieller Abteilungen an, die „regimefeindliche und unmoralische“ Aktionen im Internet verhindern sollten.<sup>41</sup> Ebenso machten die Revolutionsgarden ihren Einfluss deutlich. Ein 2007 gegründetes „Cyber-Kommando“ der *Pasdaran* trug die Mission der Revolutionsgarden zur Verteidigung des Systems ins Netz. Die dazugehörige Webseite listete Internetseiten auf, die blockiert, gehackt oder anderweitig unschädlich gemacht wurden. Die Abteilung warnte zudem vor „Umstürzern“, die in Zusammenarbeit mit ausländischen Medien und Geheimdiensten im Internet gegen die Islamische Republik arbeiteten und kündigte erste Verhaftungen an. Einige Programmierer wurden der Verbreitung von Pornographie und regimefeindlichen In-

39 „Ordnungsplan leidet selbst an Unordnung“, Blog IT Iran vom 16.01.2007.

40 OpenNet Initiative: Iran 2009.

41 Reporters without Borders: Enemies, S. 13; „Ordnungskräfte dringen in Cyberspace vor“, Rooz vom 09.02.2009.

halten angeklagt, zu Geständnissen im Fernsehen gezwungen und sogar mit der Todesstrafe bedroht.<sup>42</sup>

Das Bestreben des iranischen Regimes, ein möglichst umfassendes Kontroll- und Zensursystem für die Kommunikation im Internet zu errichten, ist somit offensichtlich. Mittels Filterprogrammen, gezielter Blockade von Webseiten und Einschüchterung von Anwendern gelingt es durchaus, sowohl Produktion als auch Konsum von regimekritischen Inhalten im Netz einzuschränken. Gleichwohl wird der Zugriff des Regimes auf das Internet immer wieder herausgefordert. Interessierte Nutzer finden online ständig neue Informationen, die eine Umgehung der Blockaden ermöglichen.<sup>43</sup> Unter den Anwendern des globalen Antzensur-Netzwerks Tor stellt Iran eine der größten Nutzergruppen. Auch Software aus China, dem Vorreiter in Sachen Internetzensur, kommen zum Einsatz, um die staatliche Überwachung im Netz zu umgehen. Resultat ist ein fortwährendes Katz- und Mausspiel zwischen dementsprechend motivierten Anwendern und den Zensurbehörden, die ständig bemüht sind, Lücken im Kontrollsysteem zu schließen.

### *Onlinedissidenten unter Druck*

Eine Darstellung der Internetzensur in Iran bliebe ohne Erwähnung der Verhaftungen und Repressionen gegen online publizierende Autoren nur unvollständig. Einen zentralen Fall bildete die bereits erwähnte „Weblog-Akte“ vom Herbst 2004, als mehr als zwanzig Informatiker und Journalisten verhaftet und teilweise unter Anwendung von Folter durch die Teheraner Staatsanwaltschaft verhört wurden. Doch bereits zuvor sahen sich Autoren den Repressionen durch Teile des Justiz- und Sicherheitsapparats ausgesetzt. Der erste mehrfach zu Verhören einbestellte Blogger Irans war Sina Motalebi. Der ehemalige Redakteur der verbotenen Tageszeitung *Hayat-e Now* hatte 2002 über sein Weblog nicht nur die Verteidigung eines verurteilten Kollegen organisiert, sondern auch die gescheiterte Reformpolitik kritisiert. Am Vorabend seiner endgültigen Verhaftung im April 2003 gelang es Motalebi, die Bloggergemeinde zu informieren, welche daraufhin über eine Onlinepetition und internationale Medien Druck auf die iranischen Behörden ausüben und seine Freilassung erreichen konnte.<sup>44</sup> Im selben Jahr wurden die Betreiber zweier Nachrich-

---

42 „Namen der Mitglieder einer antireligiösen Internetgruppierung durch Revolutionsgarden veröffentlicht“, BBC Persian vom 11.04.2009; Justice for Iran: „Gerdab; A Dictated Scenario“, London u. a. 2012.

43 „Internet: New Program finds Way around Censorship“, RFE/RL vom 05.02.2007; „Iran: Radio Farda – Proxy Battle to Counter Internet Filtering“, RFE/RL vom 24.07.2007.

44 „Zensierte, verhaftet, exiliert – In meinem Weblog fühlte ich mich frei“, Spiegel Online vom 06.05.2004.

tenseiten, Mohsen Sazegara und Javad Tavaf verhaftet. Als ehemaliges Mitglied der Revolutionselite hatte Sazegara auf seiner Webseite *Alliran* zu einer Verfassungsänderung aufgerufen und gelangte erst nach mehrmonatiger Haft sowie einem Hungerstreik wieder in Freiheit.<sup>45</sup> Auch in den Folgejahren wurden zahlreiche Blogger und Onlinejournalisten zu Verhören einbestellt und verhaftet. Wiederholt verhaftet und verurteilt wurde etwa der Theologiestudent und Weblogger Mojtaba Lotfi, der aus der Stadt Qom, Zentrum islamischer Ausbildung, sein Blog führte und hier kritische Kommentare des Ayatollah Montazeri wiedergegeben hatte.<sup>46</sup> Aktivistinnen der „Kampagne für eine Million Unterschriften“, die sich für eine rechtliche Gleichstellung von Frauen in Iran einsetzte, sahen sich wegen ihrer Veröffentlichungen auf den verschiedenen Webseiten der Frauenbewegung immer wieder gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt.<sup>47</sup> Nach der Wahlkrise 2009 fanden sich zahlreiche Internetjournalisten und Blogger unter den inhaftierten Regierungskritikern. Ebenso wie im Pressebereich suchte das Regime unter Einsatz repressiver Methoden das Kritikpotential der Internetöffentlichkeit einzuschränken. Willkürliche Verhaftungen und unverhältnismäßig hohe Bestrafungen ausgewählter Einzelpersonen dienten dabei zur Abschreckung anderer Anwender und Onlineautoren.

### *Von paternalistischer Protektion zu autoritärer Überwachung*

Der Überblick über die Entwicklung der Internetzensur verdeutlicht den beachtlichen Aufwand an Ressourcen, den das iranische Regime für die fortwährende Perfezionierung des Filtersystems aufbringt. Innerhalb der zuständigen staatlichen Institutionen wurde nach Wegen gesucht, um die Vorteile des Internets so effektiv wie möglich zu nutzen, dabei aber ein breites Spektrum unerwünschter Anwendungsformen auszuschalten. Die Sensibilität des Regimes gegenüber bestimmten Themenbereichen wurde zunächst mit religiösen oder kulturellen Moralvorstellungen begründet. So verteidigte der Direktor des staatlichen Internetproviders DCI im Jahr 2004 die Filtermaßnahmen mit dem Argument, dass sonst ein weiterer Ausbau des Internets in Iran aufgrund besorgter Eltern nicht mehr möglich sei.<sup>48</sup> Häufig wurde betont, dass auch andere Länder das Filtern von Webseiten mit jeweils eigenen Kriterien praktizierten. Die Zensur „dekadenter und lasterhafter“ Inhalte sei folglich Ausdruck der kulturellen und religiösen Ansprüche der Islamischen Republik und geschehe mit mehrheitlicher Zustimmung der Bevölkerung, so Abdol Majid Riazi, der Leiter des Informatikrates unter Ahmadinezhad. Da das Land somit

45 Amnesty International: Urgent Action Nr. 173/03-02 vom 02.09.2007.

46 Reporters without Borders: „Holy City is hell for bloggers“, Webseite vom 04.05.2005.

47 Reporters without Borders: Enemies.

48 „DCI rethinks filtering strategy“, Blog Stop Censuring Us vom 26.09.2004.

vor Schaden bewahrt werde, bezeichnete er das Filtern gar als eine Bürgerpflicht aller, die auf unmoralische Webseiten stießen.<sup>49</sup> Selbst Fachjournalisten und Vertreter der IT-Branche äußerten anfänglich Verständnis für das Kontrollbedürfnis des Staates und verwiesen auf die kulturellen und politischen Schwierigkeiten bei der Einführung anderer Medien, wie Radio oder Fernsehen, im Laufe der iranischen Geschichte. Mit eher pragmatischer Herangehensweise waren sie bereit, die Beschränkung bestimmter Netzinhalte hinzunehmen, um überhaupt eine Verbreitung des Internets in Iran zu ermöglichen. Die Anwendung der Filter stellte demnach eine Art „vertrauensbildender Maßnahme“ dar, mit der politische Widerstände gegenüber dem Internet überwunden werden sollten.<sup>50</sup>

Diese vom Staat reklamierte Rolle eines paternalistischen Schutzpatrons der kulturellen und moralischen Unversehrtheit der Bevölkerung ging allerdings mit einem Streben nach umfassender Überwachung einher. So bezeichnete der Leiter der Internetabteilung der Staatsanwaltschaft die Knotenpunkte, über die Iran mit dem World Wide Web verbunden war, als „virtuelle Grenzübergänge“, deren Verkehr vollständig kontrolliert werden müsse.<sup>51</sup> Auch die Gesetzgebung durch den HRKR macht deutlich, dass mit der Internetzensur nicht nur religiös geprägte Normen durchgesetzt wurden. Die Aufnahme dehnbarer Formulierungen, mit der im Netz geäußerte Kritik an politischen Autoritäten sowie dem gesamten System der Islamischen Republik ganz ähnlich wie in anderen Medien unter Strafe gestellt wurden, zeigten die Toleranzgrenzen des autoritären Staates. Die Blockierung politischer Webseiten und die Verfolgung dissidenter Netzautoren stellten eindeutig repressive Maßnahmen dar, mit denen die Meinungsäußerung im Internet unter Kontrolle gebracht werden sollte. Das Internet erschien demgemäß als Medium, von dem eine potentielle Gefährdung des Systems ausging. Die augenscheinlich regellose, ja verwirrende Netzwelt wurde mit einer Argumentation abgelehnt, in der sich grundlegende Diskuselemente der Revolutionsideologie und ihrer Weiterentwicklung durch die ultrakonservative Machtelite um Revolutionsführer Khamenei wiederfanden – beispielsweise die Warnung vor der Gefahr einer „Verwestlichung“ oder der „kulturellen Invasion des Westens“. Diese Abwehr ungefilterter fremder Einflüsse war Ausdruck eines starren und ideologisch unterlegten Kulturverständnisses, das die sinngebenden Kräfte der eigenen Kultur negierte. Erst mit der Gewissheit, das Internet möglichst umfassend zu kontrollieren, konnten die konservativen und ult-

---

49 „Gespräch mit dem Leiter des Hohen Rats für Informationstechnologie: Filtern ist jedermanns Pflicht“, Blog IT Iran vom 20.01.2006.

50 Interviews mit einem Journalisten einer IT-Fachzeitschrift (30.11.2004) und einem Vertreter der gewerkschaftlichen Vereinigung privater Internetprovider (16.02.2005), Teheran.

51 „Registrieren Sie sich nicht, wir filtern“, Rozoo vom 03.01.2007.

rakonservativen Akteure des iranischen Regimes die Anwendung und Verbreitung der neuen Technologie akzeptieren.

## EIN NEUES KONFLIKTFELD

Aufgrund seines sozialen Entwicklungsstands verfügte Iran über gute Voraussetzungen für eine Ausbreitung des Internets. Förderlich wirkten vor allem der gute Bildungsstand, die hohe Urbanisierungsrate, die Existenz einer relativ breiten Mittelschicht und nicht zuletzt das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung. Für die junge und aufgeschlossene Bevölkerung bildete das Internet ein attraktives Kommunikationsmedium mit vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten. Dieser Bedarf konnte zunächst von einem risikobereiten Privatsektor bedient werden, dem der IT-Bereich neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnete. Der Staat hingegen reagierte mit Verzögerung auf die Ausbreitung des Internets und konnte weder der Nachfrage aus der Bevölkerung noch den eigenen kultur- und entwicklungspolitischen Ansprüchen gerecht werden. Insofern hatten Teile der Gesellschaft mit ihrer Aneignung des Mediums bereits einen bestimmten Entwicklungsstand und Anwendungsformen festgeschrieben, bevor staatliche Akteure mit dem Ausbau eines Regel- und Kontrollwerks sowie eigener Nutzung ihre Vormachtsstellung durchzusetzen suchten.

Die Handhabung der Massenmedien in der Islamischen Republik hat die grundlegende Haltung des Regimes zu Kommunikationstechnologie veranschaulicht. Trotz eines traditionell-religiösen Anstrichs ist die Islamische Revolution ein ideologisches Projekt der Moderne, das technologischen Fortschritt nicht ablehnt, sondern zum eigenen Nutzen einsetzt. Die durch die Machtelite um den Revolutionsführer monopolisierten Massenmedien Rundfunk und Fernsehen dienen vorrangig der Erzeugung von Legitimität und kultureller Hegemonie. Dementsprechend war der iranische Staat bestrebt, auch von den Potentialen des Internets zu profitieren, sei es im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft oder politischer Kommunikation. Gleichzeitig bemühte man sich um die Etablierung eines umfassenden Kontroll- und Zensursystems, das mit fortschreitender technologischer Entwicklung immer komplexer wurde. Diese Herangehensweise weist eindeutig die von Kalathil und Boas erläuterte Kombination aus proaktiven und reaktiven Strategien auf, mit der sich autoritäre Staaten einerseits als dominante Akteure der Internentwicklung und Nutzung durchzusetzen, andererseits unerwünschte Inhalte und Anwendungen des neuen Mediums zu blockieren suchen.<sup>52</sup>

---

52 Kalathil/Boas: Open Networks.

Gleichwohl erschweren die Qualitäten des Internets die Kontrolle durch die autoritäre Machtelite. Bereits der Gebrauch Satellitensendern hat verdeutlicht, wie moderne Kommunikationstechnologien den Anspruch des Revolutionsregimes auf eine umfassende Erziehung der Bürger im Sinne der eigenen religiös-ideologischen Richtlinien in Frage stellten und allein durch ihre alltägliche Anwendung Ausdruck einer Gegenkultur bildeten. Das Internet eröffnete neue Wege für diese widerständigen Alltagspraktiken. Unterhaltungsorientierte Anwendungen wie Chatrooms oder soziale Netzwerke dienten der Jugend dazu, die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten zu verhandeln und auszuweiten. Diese Aneignungen des Internets standen im Widerspruch zu dem vom Staat intendierten zweckmäßigen Einsatz des Mediums für Wirtschaft, Forschung und Propaganda. Die Reaktionen von Seiten konservativer Regimevertreter sowie das immer entschlossener Vorgehen gegen unerwünschte Internetinhalte, das sogar bis zum wiederholt diskutierten Projekt eines „nationalen Internets“ reichte, zeigen sowohl die Spannungen, die das Internet mit seiner Ausbreitung in Iran auslöste, als auch das ausgeprägte Bestreben nach Kontrolle von Zugang und Inhalten des neuen Mediums auf Seiten des autoritären Staates.

Gerade der Bereich der Internetzensur führt vor Augen, wie die gegensätzlichen Zielstellungen von Regime und privaten Internetnutzern innerhalb der Gesellschaft neue Formen der Herausforderung eröffneten. Die fortschreitende technologische Entwicklung der Internetanwendungen sowie die steigenden Kompetenzen der Internetnutzer schufen eine permanente Auseinandersetzung um immer umfassendere und komplexere Formen der Internetzensur und deren Umgehung durch dementsprechend motivierte Nutzer. Da die Filtersysteme ein weites Spektrum an Netzinhalten erfassten, waren auch Nutzer ohne spezifisch politische Anwendungsinteressen gezwungen, sich mit dieser neuerlichen Form der autoritären Kontrolle ihres Alltags auseinanderzusetzen. Die Beschränkung von Netzwerken wie Orkut oder später Facebook traf vor allem jugendliche Nutzer, die hier über das Internet ihren Bedürfnissen der sozialen Kommunikation und Beziehungsregelung nachgingen. Antifiltersoftware und die notwendigen Kenntnisse für deren Einsatz verbreiteten sich dementsprechend unter einer wachsenden Zahl von Internetanwendern. Somit erlernte Praktiken und Fähigkeiten im Umgang mit der staatlichen Zensur beinhalteten natürlich auch latent politisches Potential, das sich besonders zu Krisenzeiten wie den Wahlprotesten 2009 schlagartig entfalten konnte.

Insofern zeigt sich, dass zwei der im Theorieteil dargelegten Einflussfaktoren für die Rolle von Medien in der Transformation im Falle des Internets in Iran gegensätzliche Wirkung entfalten: einerseits der Grad der autoritären Kontrolle, andererseits gesellschaftlicher Bildungsstand und Medienkompetenz. Die gebildeten und für unterschiedliche Anwendungen der Kommunikationstechnologie aufgeschlossenen Schichten der Gesellschaft treffen hier auf die Regelungen des autoritären Staates, die weit über den politischen Bereich hinaus gehen. Im Bestreben, Ge-

brauchsformen und Inhalte des vielseitig verwendbaren Mediums zu definieren, kollidieren die unterschiedlichen Interessen sozialer und politischer Akteure in einer vielschichtigen Auseinandersetzung. Insofern eröffnete das Internet der iranischen Gesellschaft ein neues Feld der Herausforderung des autoritären Staates.

Neben ihren kulturellen Ausdrucksformen findet diese Herausforderung natürlich auch auf politischer Ebene statt. Die Ausprägung der autoritären Kontrolle des Internets gerät hier mit einem weiteren zuvor erläuterten Einflussfaktor in Konflikt: die Verbindungen zwischen den Medien und zivilgesellschaftlichen bzw. konfliktorientierten Akteuren. Die Entwicklung der iranischen Presse hat gezeigt, wie die Reformbewegung als treibende Kraft eines Systemwandels über Printpublikationen eine Gegenöffentlichkeit aufbauen konnte, über die alternative politische Anschauungen entwickelt und gesellschaftliche Unterstützung mobilisiert wurden. Nach der Unterdrückung der Reformpresse gewann das Internet an Bedeutung für die politische Reformbewegung und deren zivilgesellschaftliche Triebkräfte. Mit zunehmender Verwendung des Internets durch diese konfliktorientierten Akteure ging das Regime gezielter gegen diese vor und nutzte das Potential des Internets selbst, um politische Herausforderer zu überwachen und unschädlich zu machen. Zugleich etablierten die unterschiedlichen strategischen Akteure der Machtelite eigene Onlinemedien, um ihre Ansichten im Internet zu verbreiten und trugen somit die fraktionellen Rivalitäten der politischen Elite ins Netz. Dieser Prozess und die daraus für politische Herausforderer entstehenden Chancen zur Realisierung ihrer Kommunikations- und Handlungsbedürfnisse sollen im Folgenden behandelt werden.

